

Kommentar

Ungerechte
Gerechtigkeit

Lena Tietgen über die schulpolitischen Pläne von CDU und Grünen in Hessen

Die Bildungspolitik von Schwarz-Grün in Hessen ist alles andere als ein großer Wurf. Das im Koalitionsvertrag gegebene Versprechen, allen ein Bildungsangebot zu machen, wird in der Praxis nicht eingelöst. Auf der einen Seite wollen die Grünen ihre Forderung nach einem längeren gemeinsamen Lernen durchsetzen, auf der anderen Seite trägt der Koalitionsvertrag die Handschrift der CDU, die das gegliederte Schulsystem erhalten will. Erfahrungsgemäß hat es ein Festhalten am Bestehenden aber leichter, sich in der politischen Praxis durchzusetzen; also wird letztlich die CDU gewinnen. Andererseits öffnet der im Koalitionsvertrag anvisierte Einstieg in ein längeres gemeinsames Lernen Möglichkeiten. Hier könnten sich die Grünen profilieren.

In einer Sache sind sich CDU und Grüne allerdings einig, und genau hierin liegt die Krux: Beide Parteien argumentieren mit dem Begriff der Chancengerechtigkeit statt auf Chancengleichheit zu setzen. Der Begriff Gerechtigkeit orientiert sich am Individuum, also am Kind, das von den Eltern vertreten wird, die sich nun für das Recht des Kindes auf eine gerechte Chancenerteilung einzusetzen haben. Folglich wird der Elternwille maßgeblich, die Politik tritt zurück. In der Konsequenz werden dadurch Eltern bevorteilt, die über das Know-how und die Zeit verfügen, sich entsprechend zu engagieren bzw. ihre Kinder zu unterstützen. Viele Angehörige der unteren sozialen Schichten und Transferempfänger sind zwangsläufig im Nachteil, denn sie können die ihnen aufgebürdete Last kaum tragen.

Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, in der Politik für gleiche Chancen zu sorgen hat. Zukunft werden die Projekte haben, die diesem Ziel gerecht werden.

Bildungslexikon

Schulpolitik Hessen, die; Substantiv, feminin. Der Koalitionsvertrag von CDU und Grünen in Hessen räumt Bildung einen relativ hohen Stellenwert ein. Relativ, weil er kaum Konkretes enthält. Hoch, weil die wichtigsten Fragen benannt wurden. Mittels eines Bildungsgipfels wollen die Regierungsparteien einen zehnjährigen Schulfrieden erreichen. Ziel ist eine »Schulvielfalt«, bestehend aus »gegliedertem Schulsystem« und »längerem gemeinsamen Lernen«. Ausgehend von einer »Bildungskette für Kinder von 0-10 Jahren« soll ein Bildungs- und Erziehungsplan Bildung von Anfang an gewährleisten. Dazu soll die Zusammenarbeit von Kitas, Grundschulen und Eltern gestärkt sowie der jahrgangsübergreifende Unterricht nach Bedarf und das Ganztagssschulwesen ausgebaut werden.

Angestrebt wird zudem ein »bruchloser altersbedingter Wechsel in unterschiedliche Bildungsorte«. Die Inklusion, also der gemeinsame Unterricht aller Kinder, wird als Ziel verfolgt, seine Einführung aber vom Willen der Eltern abhängig gemacht. Brennpunktschulen sollen mehr Lehrer und Sozialpädagogen erhalten, Lehrkräfte interkulturelle Fähigkeiten entwickeln und Pädagogen »mit Migrationshintergrund« »verstärkt eingesetzt« werden. Zusätzlich soll das berufliche Schulwesen gefördert werden. Dessen Angebote dienen einer angestrebten Chancengerechtigkeit, heißt es im Koalitionsvertrag. *lgn*

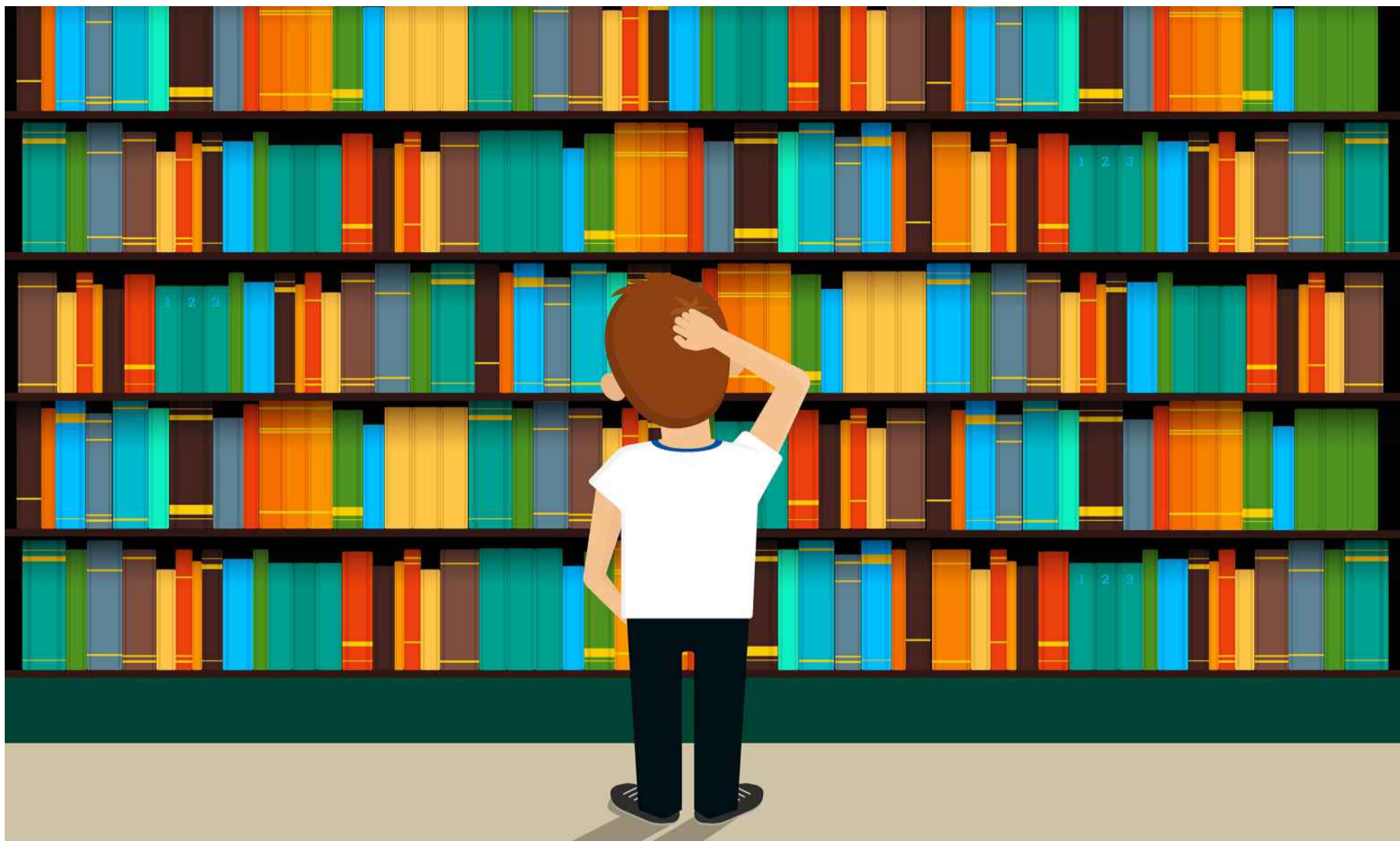


Foto: istock/lightcome

Auslese statt Chancengleichheit

Akademische Karriere oder Supermarktkasse, Abitur oder Hauptschulabschluss – trotz zahlreicher Reformen ist das deutsche Bildungswesen nach wie vor eine hermetische Klassengesellschaft. Von Thomas Gesterkamp

Drei Zahlen fassen die zentrale Ungerechtigkeit des Bildungssystems in Deutschland zusammen: 100, 77, 23: Von 100 Akademikerkindern besuchen 77 später eine Hochschule, beim nichtakademischen Nachwuchs schaffen nur 23 Prozent den Sprung an die Universität. Die Chancen waren früher mal gleichmäßiger verteilt, in Ostdeutschland sowieso, aber auch im Westen, wo in den 1970er und 1980er Jahren Hunderttausende »Arbeiterkinder« das Gymnasium absolvieren, studieren und sozial aufsteigen konnten. Schulbücher und andere Lehrmittel waren plötzlich kostenlos, finanzielle Unterstützungsleistungen wie das Bafög schufen einen zusätzlichen Ausgleich. Mittlerweile, nach Jahrzehnten neoliberal geprägter Politik, ist die einstige Bildungseuphorie längst verschwunden.

Marco Maurer, Jahrgang 1980, ist eines dieser »Arbeiterkinder« – auch wenn er den Begriff nicht mag. Sein Vater ist Kaminkehrer, die Mutter Friseurin, aufgewachsen ist er in einem Dorf bei Augsburg. Heute schreibt Maurer für große deutsche Tageszeitungen. Absehbar war diese Entwicklung nicht, als sein Lehrer am Elternsprechtag der sechsten Klasse eine klare Empfehlung aussprach: »Marco sollte auf der Hauptschule bleiben, die Realschule ist nichts für

ihn.« Als die Mutter versuchte, dagegen zu halten und den Leistungsabfall ihres Sohnes mit Scheidung, Umzug und Schulwechsel zu erklären, setzte der Pädagoge noch einen drauf: »Das hat doch keinen Wert bei ihm, Frau Maurer.«

Der so Abgewertete kämpfte sich trotzdem durch, holte nach einer Lehre als Molkereifachmann auf dem zweiten Bildungsweg das Abitur nach, studierte und startete in den Traumberuf Journalist. Vor gut zwei Jahren machte die Wochenzeitung »Die Zeit« seine persönlich unterfütterte Abrechnung mit dem deutschen Bildungssystem zum Aufmacher: »Ich Arbeiterkind«. Daraufhin erhielt Maurer Hunderte von zustimmenden Reaktionen in Leserbriefen. Die motivierten ihn, das Thema zu einem Buch über soziale Auslese und mangelnde Chancengleichheit in einer hermetisch abgeriegelten Klassengesellschaft auszubauen: »Du bleibst, was du bist«.

Für den Verfasser trifft diese Diagnose nicht (mehr) zu, doch wie viele andere musste er Umwege bewältigen. Die entscheidende Schranke ist die Selektion im deutschen System, die Kinder nach der Primarstufe unterschiedlichen Schultypen zuordnet. Der Zugang zu höherer Bildung ist blockiert, wenn der Notendurchschnitt an der Grundschule nicht reicht oder die Lehrkräfte kein posi-

tives Urteil fällen. Schauen diese neben den Zensuren auch auf das private Umfeld, verstärken sie oft unfreiwillig den Mechanismus der Exklusion. In jedem Fall treffen sie eine wegweisende biografische Entscheidung.

»Die Mobilität funktioniert nur nach unten«, analysiert nüchtern Klaus Klemm. Der Duisburger Bildungsforscher hat in Studien ermittelt, dass bundesweit 14 Prozent der

Schulze festgestellt, dass 81 Prozent der Schüler aus der Ober- und Mittelschicht, aber nur 14 Prozent der Unterschichtkinder geraten wurde, auf das Gymnasium wechseln.

Fast fünf Milliarden Euro pro Jahr zahlen Familien für Nachhilfestunden. Wie wichtig das Privileg ist, sich privat Bildung kaufen zu können, belegt die Nutzung je nach Schultyp: Nur neun Prozent der Hauptschüler, aber 30 Prozent der Realschüler und über 40 Prozent der Gymnasiasten erhalten bezahlten Zusatzunterricht. Schon in der Grundschule stehen die Kinder »intensiv unter Druck«, beobachtet der Frankfurter Sozialwissenschaftler Frank Nonnenmacher. Jede Lernkontrolle werde zur ersten Prüfung, die Zukunftschancen verbauen kann.

Marco Maurer analysiert in seinem Buch nicht nur die psychologischen und institutionellen Hürden, die Kindern aus einkommensschwachen Familien im Wege stehen. Er interessiert sich auch für jene, die es trotz aller Hindernisse geschafft haben. So sprach er unter anderem mit Außenminister Walter Steinmeier, mit Bahnchef Rüdiger Grube, mit dem Grünen-Vorsitzenden Cem Özdemir, mit dem früheren Telekom-Personalvorstand Thomas Sattelberger – erfolgreiche Politiker und Manager, die sich aus »einfachen Verhältnissen« hochgearbeitet haben. Und er schildert die offensichtlichen, teilweise aber auch

versteckten Selektionsmechanismen unter Schülern, Studierenden und jungen Akademikern.

Der Nachhilfeunterricht ist nur das prägnanteste Beispiel: Jene Kinder, die ihn aufgrund ungünstiger Voraussetzungen am nötigsten hätten, können ihn wegen der fehlenden Ressourcen ihrer Familien am wenigsten nutzen. Gut ausgebildete Eltern assistieren, wenn sie Zeit dazu haben, auch mal selbst in Mathematik oder einer Fremdsprache – sonst gibt es eben kostspielige Extrastunden. Später, bei der Wahl der Universität(en), stellen private Hochschulen mit Studiengebühren oder Auslandsaufenthalte kein unlösbares Problem dar. Die herkunftsbedingten Unterschiede beim finanziellen wie beim kulturellen Kapital wirken bis in die Phase des Berufseinstiegs nach. Unbezahlte Praktika und prekäre Zeitverträge, wie sie in vielen Arbeitsfeldern üblich sind, werden in wohlhabenden Milieus durch langjährige Unterstützungszahlungen der Eltern ausgeglichen. Zudem hilft häufig »Vitamin B«: Persönliche Empfehlungen, professionelle Kontakte und Netzwerke aus der Herkunftsfamilie befördern die Karriere des Nachwuchses.

Marco Maurer: Du bleibst was du bist. Warum bei uns immer noch die soziale Herkunft entscheidet. Droemer Verlag, München 2015. 382 Seiten, 18 Euro.

Die Bildungsmobilität funktioniert meist in eine Richtung: 80 Prozent der Schüler, die zwischen der fünften und zehnten Klasse den Schultyp wechseln, werden heruntergestuft.

Kinder zwischen der fünften und zehnten Klasse den Schultyp wechseln. Doch nur jeder fünfte Schüler steigt »nach oben« auf, 80 Prozent dagegen werden heruntergestuft. Zwar behaupten Ämter und Ministerien, jede Bildungslaufbahn sei korrigierbar. Doch neben Begabung und Können zählt vor allem die soziale Herkunft. Für die Stadt Wiesbaden hat der Mainzer Soziologe Alexander

Nagel, auf gew.de »die Umschichtungspläne des Landes bei den Lehrerbewerbungen«. Wegen der Ganztagsbetreuung, Sprachförderung und dem gemeinsamen Unterricht behinderter und nicht-behinderter Kinder wolle das Ministerium etwa 1000 Stellen umschichten. Darunter würden vor allem Grundschulen und gymnasiale Oberstufen leiden. Der von der Regierung wohlwollend aufgenommene Vorschlag der LSV geht der GEW nicht weit genug. Dieser sieht ein Modell vor, in dem es neben dem Gymnasium eine Kooperative Gesamtschule, eine Integrative Gesamtschule und eine Sekundarschule geben soll. Letztere stellt nach news4teacher.de ein »Mischformat

aus Klassen und Kursunterricht« dar, das alle Abschlusswege anböte. So sollten Kinder »ab Klasse fünf gemeinsam, aber in den Hauptfächern differenziert« unterrichtet werden.

Für die GEW ist das aber nur ein halber Reformschritt. Besser wäre es, wenn man die Integrative Gesamtschule »neu auszurichten« würde, was aber auf »erbitterten Widerstand« jener stoße, die die »im gegliederten System enthaltene Benachteiligung von Schülerinnen und Schülern aus bildungsbenachteiligten Elternhäusern nicht aufheben wollen.« Dennoch werde man an den Arbeitsgruppen (AG) weiter teilnehmen, so gew.de.

Parallel zum Gipfel tagen Arbeits-

Bildungsrauschen

Kein Schulfrieden
in Sicht in Hessen

Wie Nordrhein-Westfalen hat auch die schwarz-grüne Regierung Hessens kürzlich zu einem Schulgipfel eingeladen, bei dem Vertreter aus Politik, Gesellschaft und Experten einen sogenannten zehnjährigen Schulfrieden verabschieden sollen. Doch dieser droht zu scheitern. So will das Bündnis aus Landesschülervertretung (LSV), Landeselternbeirat

(LEB), Elternbund Hessen (ebh), Verband Bildung und Erziehung Hessen (VBE) und Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) den Gipfel verlassen, wenn die Regierung keine »substanziellen« Vorschläge mache. Wie allerorts ist die mangelnde Finanzierung der Vorhaben Stein des Anstoßes. So kritisierte der Vorsitzende der GEW, Jochen